

Linke: An der Seite der Streikenden

DIE LINKE unterstützt Forderungen der IG Metall in der aktuellen Tarifeinbarung



Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag, am 11. Januar 2018 beim Warnstreik in Köllda

Bundesweit werden derzeit in der Metallindustrie Warnstreiks geführt – auch in Thüringer Betrieben. Die IG Metall fordert ein Lohnplus von 6 Prozent und einen Rechtsanspruch für die Beschäftigten auf eine verkürzte Vollzeitarbeit in Höhe von 28 Stunden.

Das sind richtige Forderungen, meint der gewerkschaftspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Rainer Kräuter. Er nahm am Mittwoch, den 11. Januar 2017, stellvertretend für seine Fraktion am Warnstreik der Beschäftigten des Daimler-Motorenwerks MDC Power in Köllda teil. Der Gewerkschaftspolitiker sagte am Rande der Versammlung vor dem Werkstor: „Die Auftragsbücher sind voll, die Gewinne steigen. Die Arbeitgeber aber verweigern es, sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu stellen. Das bisherige Angebot der Arbeitgeber einer Lohnsteigerung um 2 Prozent ist kein

wirkliches Angebot, sondern eine Provokation. Ich hoffe, dass die Beschäftigten mit den Warnstreiks und nötigenfalls auch mit Streiks ihren Forderungen erfolgreich Nachdruck verleihen werden. Im Übrigen ist es ein gutes Signal, dass die größte DGB-Einzelgewerkschaft auch progressive Forderungen wie eine verringerte Vollzeitarbeitszeit ins Gespräch bringt. Damit setzt sich die Gewerkschaft nicht nur für die Interessen der Beschäftigten ein, sondern stellt sich gleichzeitig den großen gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft.“

Arbeitgebern Druck machen

Auch DIE LINKE im Bundestag stellt sich hinter die Forderungen. Der Abgeordnete und Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger, sagte zu dem Arbeitskampf: „Ich begrüße es sehr, wenn Deutschlands größte Einzelgewerkschaft den Arbeitgebern Druck macht und sich neben einer überfälli-

gen Lohnerhöhung auch für Arbeitszeitmodelle einsetzt, die es den Beschäftigten ermöglichen, Leben und Arbeit in Einklang zu bringen. Mit der Forderung nach einer befristeten Arbeitszeitverkürzung auf 28 Stunden setzt sich die IG Metall nicht nur für die Interessen der Beschäftigten ein, die sich das wegen Schichtarbeit, Pflege oder Erziehung wünschen, sondern stellt sich gleichzeitig den großen gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft. Im 21. Jahrhundert brauchen wir eine flexiblere und kürzere Normalarbeitszeit, eine kurze Vollzeit, die um die 30-Stunden-Woche kreist.“

Auch die Abgeordneten der Linksfraktion im Thüringer Landtag werden weiterhin für die Rechte der Beschäftigten und die Interessen der Belegschaften streiten und gemeinsam mit ihnen und den Gewerkschaften für faire und neue Ideen in der Arbeitswelt streiten. ■

Abwasserpolitik

Sozial und ökologisch!

Die Pflicht zur Errichtung von teuren Kleinkläranlagen sorgt seit vielen Jahren in Thüringen für Ärger bei vielen BürgerInnen. Der Petitionsausschuss des Thüringer Landtages beschäftigte sich nun am 11. Januar 2018 in einer öffentlichen Anhörung mit einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Abwasserpolitik. Anja Müller, Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung der Fraktion DIE LINKE im Landtag, sagte dazu: „Der Landtagsbeschluss der rot-rot-grünen Koalition für ein Aussetzen der Bescheide zur Errichtung einer privaten Kläranlage war im Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum. Mit dem Moratorium brachte der Thüringer Landtag seine Auffassung zum Ausdruck, dass bis zum Inkrafttreten einer Novelle des Thüringer Wassergesetzes der Vollzug bereits ergangener Sanierungsanordnungen ausgesetzt und von weiteren Bescheiden abgesehen werden sollte.“

Betroffene hatten eine Petition zu einer sozial gerechten und ökologischen Abwasserpolitik eingereicht und dafür 3700 Unterstützer-Unterschriften gesammelt. Die Petenten merken an, dass gerade der Ostthüringer Raum von den Verpflichtungen aus den Abwasserbeseitigungskonzepten besonders betroffen ist.

Einige Abwasserzweckverbände im Saale-Holzland-Kreis und im Saale-Orla-Kreis verpflichten Grundstückseigentümer auch in geschlossenen Ortschaften mit vorhandener Ortskanalisation, entsprechende Kleinkläranlagen zu errichten. Dazu merkt Müller an: „Das Vorgehen einiger Zweckverbände hinsichtlich einer Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Erarbeitung von Abwasserbeseitigungskonzepten lässt häufig zu wünschen übrig und schließt eine frühe Bürgerbeteiligung aus. Und das, obwohl die Bürgermeister der Regionen in diesen Zweckverbänden die Handelnden sind.“ Unbedingt sollten Bürgerinnen und Bürger ihre Bürgermeister auch zu ihrer Arbeit in den Zweckverbänden befragen und eine Beteiligung einfordern, so die Abgeordnete weiter.

Ronald Hande, Sprecher der Linksfraktion für Landesentwicklung sagte ergänzend: „Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, werden wir beim Thema Abwasserentsorgung zur Unterstützung des ländlichen Raumes in Thüringen neue Wege gehen, im Sinne einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Abwasserpolitik.“ ■

Medizin-Studium

Der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion Christian Schaft begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Praxis zur Vergabe von Medizin-Studienplätze als verfassungswidrig einstufte: „Das Urteil ist ein wichtiges Signal, die Regeln zur Studienplatzvergabe endlich grundlegend auf den Prüfstand zu stellen und das nicht nur für die Humanmedizin, um Chancengleichheit beim Hochschulzugang zu gewährleisten.“ Das Urteil stärke den gleichberechtigten Zugang zu Studien- und Bildungsangeboten. Das Bewerbungsverfahren müsse grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt und überarbeitet werden. Die bestehenden Mängel müssen auf Bundes- und Landesebene beseitigt werden. ■

Mehr Demokratie!

Thüringen hat bundesweit das bürgerefreundlichste Gesetz zur direkten Demokratie in den Kommunen. Dennoch ist auch hier die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen rückläufig. Liegt das daran, dass dem kommunalpolitischen Geschehen weniger Einfluss beigemessen wird als der Bundes- oder Landespolitik, oder an veränderten Lebenswelten der Menschen? Die Linksfraktion im Thüringer Landtag will Antworten und Lösungen für mehr Demokratie und Mitbestimmung finden. Die „Arbeitsgruppe Demokratie“ unter Leitung der Abgeordneten Anja Müller trifft sich dazu am Mittwoch, den 24. Januar 2018, um 18 Uhr im Landtag zu ihrer nächsten Beratung. Informationen unter www.die-linke-thl.de ■

Landeshaushalt

Im Dezember 2017 hat der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags 225 Änderungsanträge der rot-rot-grünen Koalition zum Haushalt 2018/19 angenommen: Mehr LehrerInnen, KindergärtnerInnen sowie PolizistInnen sowie mehr Geld für Feuerwehr, Justiz und die Kommunen. „Nie zuvor wurde in Thüringen so viel Geld für Bildung ausgegeben, wie unter der Rot-Rot-Grün“, sagt der finanzpolitische Sprecher der Linksfraktion Mike Huster. Mehr Geld gibt es auch für Sportanlagen, Straßen, Radwege, ÖPNV, Wirtschaftsförderung, Natur- und Klimaschutz sowie für die Ausrüstung von Polizei und Justiz. Zusätzlich wird ein kommunales Investitionspaket von insgesamt 200 Millionen Euro beschlossen. ■